

Dr. Peter Paziorek

- (A) fehlerhaft und verfassungsrechtlich in höchstem Maße bedenklich ist. Auch das, was der inoffizielle Entwurf zum Nationalen Allokationsplan vorsieht, ist verfassungsrechtlich höchstwahrscheinlich unzulässig, weil nämlich formale Grundprinzipien der Gleichbehandlung von Wirtschaftsunternehmen in Deutschland berührt werden. Wenn Sie wollen, dass diese Fragen mit Ruhe behandelt werden, dann geben Sie dem Deutschen Bundestag auch die Zeit dazu. Verschieben Sie den Terminplan, damit wir hier in diesem Hause über diese Fragen diskutieren können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sind auch der Ansicht, dass es nicht angeht, dass die Regierungsfractionen am 30. März, also am nächsten Dienstag, in den Fraktionssitzungen den Regierungsentwurf vorgelegt bekommen, um ihn politisch zu beraten – das ist Presseberichten zu entnehmen –, der Opposition dagegen eine umfassende Beratung im Deutschen Bundestag bis zum 31. März verweigert wird. Ihre Vorgehensweise ist eine Missachtung des deutschen Parlaments.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch Folgendes zur Klarstellung: Die Einführung des Emissionshandels wird von der Union grundsätzlich positiv bewertet. Es handelt sich dabei um ein Instrument, das den Klimaschutz kosteneffizienter gestalten und eine nachhaltige Entwicklung fördern kann. Aber mit Ihrem Verhalten und Ihrer Vorgehensweise, sei es beim TEHG, sei es beim Nationalen Allokationsplan, haben Sie der guten Idee des Emissionshandels bisher nur geschadet. Anstatt die positiven Seiten dieses Instruments zu diskutieren, werden die Schlagzeilen inzwischen nur vom rot-grünen Durcheinander bestimmt. Deshalb fordern wir Sie auf: Kehren Sie zu einer vernünftigen parlamentarischen Beratung zurück! Das ist im Interesse der Wirtschaft Deutschlands und im Interesse des Klimaschutzes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir im Parlament sollen eigentlich über den besten Weg zur Lösung von Problemen diskutieren und uns über neue Ideen und neue Möglichkeiten austauschen. Heute Nachmittag können wir das leider nicht tun, weil CDU und CSU lieber darüber sprechen wollen, dass sich zwei Fachminister der Bundesregierung noch nicht in allen Details zu einem Gesetzesvorhaben geeinigt haben. Wohlgemerkt: CDU und CSU wollen nicht etwa ihre eigenen Ideen zum Thema Emissionshandel vortragen

- auch Herr Paziorek hat fünf Minuten gesprochen, ohne uns eine einzige eigene Idee präsentiert zu haben – , (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

sondern haben allen Ernstes eine Aktuelle Stunde beantragt, um darüber zu sprechen, dass der Umweltminister ein Instrument möglichst umweltfreundlich und der Wirtschaftsminister ein Instrument möglichst wirtschaftsfreundlich ausgestalten will.

Ich sage Ihnen meine Meinung dazu; denn ich habe eine eigene, Herr Paziorek: Es ist richtig, von der deutschen Wirtschaft die Zusage der freiwilligen Klimaschutzvereinbarung einzufordern, die Job- und Dienstleistungschancen zu betonen und zu sagen, dass wir nach den ersten Erfahrungen mit dem Emissionshandel in den Jahren 2006 und 2007 natürlich auch das Zusammenspiel der verschiedenen Instrumente zum Klimaschutz noch einmal überprüfen müssen.

„Unterschiedliche Auffassungen“ – so beginnt der Titel der von der CDU/CSU beantragten Aktuellen Stunde. Zu diesen beiden Worten kann einem viel einfallen, vor allem dann, wenn man an die CDU und die CSU denkt: Zur zukünftigen Ausgestaltung der Krankenversicherungen existieren unterschiedlichste Auffassungen bei Ihnen. Zur Steuerreform gibt es so unterschiedliche Auffassungen, dass Sie sich auf einen Kompromiss einigen mussten, der am Ende überhaupt keine Unterstützung mehr fand. Beim Arbeitsrecht konnte sich die CSU mit dem CDU-Generalsekretär wenigstens einmal für einen halben Tag einigen. Danach wurden aber die unterschiedlichen Auffassungen wieder sichtbar. Beim Telekommunikationsgesetz ist es sogar schon so weit gekommen, dass die Berichterstatterin der CDU/CSU jeden Tag unterschiedliche Auffassungen mit sich selbst auszumachen hat; diese sind von der Tageszeit und dem jeweiligen Gegenüber abhängig. Das alles wären doch auch tolle Themen für eine Aktuelle Stunde über unterschiedliche Auffassungen. (D)

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das mag ja alles richtig sein, aber das ist nicht das Thema! Sie haben eine solche nicht beantragt!)

Ich komme noch einmal zum Emissionshandel – von dem Herr Gerhardt glaubt, viel Ahnung zu haben – und zu den unterschiedlichen Auffassungen der CDU und der CSU bezüglich des Emissionshandels zurück. Ich ziehe also genau diese beiden Themen – Emissionshandel und unterschiedliche Auffassungen – zusammen. Zwei Beispiele will ich nennen:

Erstes Beispiel. In Westdeutschland laufen CDU- und CSU-Abgeordnete zu Unternehmen und Verbänden und versichern, mit CDU und CSU gebe es keine Sondertöpfe für „early action“ und Kraft-Wärme-Kopplung im Emissionshandel. Das würde man zusichern. Im Osten unseres Landes gehen Abgeordnete wie der von mir sehr geschätzte Kollege Petzold zu den dortigen Unternehmen und sagen: Sie können sich darauf verlassen, dass es mit CDU und CSU große Töpfe für „early action“ im Emissionshandel geben wird.

Ulrich Kelber

- (A) Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU/CSU, glauben Sie, dass Sie der Öffentlichkeit, den Unternehmen und mir diese unterschiedlichen Auffassungen erklären können? Das können Sie mit Ihren weiteren Rednern in dieser Aktuellen Stunde vielleicht einmal tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zweites Beispiel. Koalition und Regierung verlangen von der Energiewirtschaft und der Industrie die Einhaltung der freiwilligen Zusagen, das heißt, bis 2007 weniger CO₂ auszustoßen. Dabei unterhalten wir uns über wenige Millionen Tonnen. CDU und CSU behaupten nun, das sei eine unnötige und unfaire Belastung der deutschen Wirtschaft. Sie warnen vor angeblichen nationalen Alleingängen usw. Ich komme jetzt noch einmal zu den unterschiedlichen Auffassungen zurück. Bis vor kurzem haben Sie nämlich noch ganz andere Dinge erzählt. Angela Merkel – bekanntermaßen früher Umweltministerin und heute Partei- und Fraktionsvorsitzende – und auch der Kollege Paziorek, der vor mir geredet hat, haben bei zahlreichen Gelegenheiten gefordert, Deutschland müsse seinen Ausstoß von CO₂ bis 2005 – also bis zum nächsten Jahr – um 25 Prozent senken. Herr Paziorek hat das zum letzten Mal im März 2003, also vor noch nicht einmal zwölf Monaten, gefordert; nachzulesen auf seiner Webseite.

Um Klartext zu sprechen: Damit fordern Paziorek und Merkel eine Minderung durch die deutsche Energiewirtschaft und die deutsche Industrie um 100 Millionen Tonnen bis zum nächsten Jahr.

- (B) (Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genauso ist es!)

Es geht also nicht um einige wenige Millionen Tonnen, sondern um das Mehrfache von dem, worüber diese Regierung spricht. Das ist nicht einmal mehr nur eine unterschiedliche Auffassung, das ist nichts anderes als Unehrlichkeit, mit der Sie hoffen, durch dieses Thema zu kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wer sich das anschaut, bemerkt einen klaren Unterschied: Diese Koalition kommt zu Lösungen, wenn uns das vorher intern auch ein paar Nerven und etwas Kraft kostet. Sie haben aber nicht einmal den Mut oder die Entschlossenheit, Ihre unterschiedlichen Auffassungen zu einem einheitlichen Konzept zusammenzufassen. Es gilt das Prinzip: Sie erzählen jedem, was er gerne hören will. Eigene Konzepte: Mangelware.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Birgit Homburger von der FDP-Fraktion.

Birgit Homburger (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

ist die Aktuelle Stunde für die „Aussprache über ein bestimmt bezeichnetes Thema von allgemeinem aktuellem Interesse“ vorgesehen. (C)

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: So ist es!)

Die unterschiedlichen Auffassungen im Bundeskabinett zum Emissionshandel und zur Ökosteuer sind in der Tat von allgemeinem aktuellem Interesse. Aber nicht nur das: Sie sind ein Skandal.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Sie sind ein Skandal, weil seit Jahren bekannt ist, dass der Emissionshandel in Europa kommt und wir in Deutschland trotzdem kein konsistentes Konzept haben. Die Vorbereitung war schlampig. Deutschland ist auf dieses neue Instrument nicht rechtzeitig eingestellt worden. Jetzt ist es auch noch zu einem chaotischen Verfahren gekommen. Das, was diese Regierung mit den Betroffenen in Deutschland macht, ist inakzeptabel und deswegen ein Skandal.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Das Verfahren ist ein Skandal, weil der Emissionshandel – völlig unnötig – auf eine Zusatzbelastung für die betroffenen Unternehmen hinausläuft. Die FDP hat immer wieder darauf hingewiesen: Der Emissionshandel ist ein wichtiger Baustein der modernen Klimapolitik. Mit dem Emissionshandel wird das klimapolitische Ziel sicher erreicht. Die Emissionen können dort vermieden werden, wo dies mit den geringsten Kosten möglich ist. Dazu gehören eine ausreichende Ausstattung der Unternehmen mit Zertifikaten und eine Anerkennung der so genannten „early actions“. (D)

Noch zwei Dinge sind nötig, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition: erstens eine klare Verknüpfung des Emissionshandels in Deutschland mit den flexiblen Instrumenten des Kioto-Protokolls.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Dass Deutschland wie auch andere Länder einen Teil der Verpflichtungen im Ausland erbringen kann, senkt auf der einen Seite die Kosten und führt auf der anderen Seite zu einem erheblich höheren Klimaschutzanteil, den wir in Ländern erreichen, in denen wir mit viel niedrigeren Kosten Klimagasemissionen reduzieren können, beispielsweise in den Schwellenländern. Diese Verknüpfung fehlt. Ich kann Sie nur noch einmal dringend auffordern: Stellen Sie diese Verknüpfung her. Nutzen Sie diese Chance im Sinne des Klimaschutzes und der Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Zweitens. Die Ökosteuer und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz müssen, wenn der Emissionshandel funktioniert, abgeschafft werden. Das haben wir von der FDP Ihnen immer wieder gesagt. Hier geht es nicht, wie Bundesumweltminister Trittin erklärt, um einen Instru-